

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zeitungsdirektion: Nachrichten Dresden
Breitenburger-Straße 10/11
Telefon Nr. 10911
Abteilung u. Geschäftsstellen:
Dresden - N. L., Waldstraße 25/28

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 10 Pf. für Zustellung), durch Postweg 3.50 RM. (einschließlich 10 Pf. Zustellung ohne Postzustellungsgebühr) bei 12 monatlicher Bestellung. Abrechnung 10 Pf. anbehalten. Ausland: 15 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zustellung). Die einjährige 30 RM. kostet 30 Pf. für Ausland 40 Pf., die 50 RM. kostet 50 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zustellung). Abrechnung 10 Pf. anbehalten. Ausland: 15 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zustellung). Die einjährige 30 RM. kostet 30 Pf. für Ausland 40 Pf., die 50 RM. kostet 50 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zustellung). Abrechnung 10 Pf. anbehalten. Ausland: 15 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zustellung).

Kred. v. Erlang: Reich & Reichardt,
Erlangen, Postfach-Nr. 1008
Kredit für den Postweg mit beill. Quittungsbogen
(Rechn. Nach.) 1/10/11, Unterlänge
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Besprechung zwischen Simon und Herriot

Ein unzulänglicher Kompromißvorschlag

Genf, 26. Sept. Zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot fand heute Abend kurz nach der Ankunft Herriots im Hotel der französischen Delegation eine Besprechung statt. Sie dauerte etwa 3/4 Stunde. Simon begab sich unmittelbar darauf in größter Eile zum Bahnhof. Man hatte den Eindruck,

daß die Besprechung nicht zu Ende geführt wurde.

Der englische Außenminister ist mit dem Nachzuge nach London zurückgekehrt. Er wird für Ende der Woche wieder in Genf zurück erwartet. Herriot wird fragen, die nach Schluß der Besprechung an ihn von Pressevertretern gestellt wurden, aus. Auch auf die Frage, ob er den deutschen Außenminister sehen werde, gab er keine bestimmte Antwort. Er erklärte, daß er für seinen Aufenthalt in Genf noch kein bestimmtes Programm habe. Es scheint auch noch keine Entscheidung darüber getroffen zu sein, ob Herriot in der Völkerbundversammlung reden wird.

Nach Gerüchten, die in französischen Kreisen umlaufen, soll Sir Simon einen Vorschlag zur Lösung der Gleichberechtigungsforderung ausgearbeitet haben, den er Herriot vorlegte. Der Plan sieht folgendes vor: Die Abrüstungs-

konferenz beschließt, daß das fünftägige Abrüstungsabkommen die alleinige und endgültige Regelung des Rüstungsstandes aller Länder bildet. Hierdurch teilt automatisch auch für Deutschland das fünftägige Abrüstungsabkommen an die Stelle des Teiles V des Versailler Vertrages.

Im Rahmen des Abrüstungsabkommens werden die Rüstungen jedes Landes einzeln festgelegt. Der Rüstungsstand Deutschlands wird so bemessen, daß er die französischen Sicherheitsforderungen berücksichtigt und die von Frankreich geforderte Verbindung zwischen Abrüstungs- und Sicherheitsfrage herstellt.

Son französischer Seite wird dazu erklärt, daß auf der Grundlage eines solchen Planes Verhandlungen über die Gleichberechtigungsforderung denkbar wären. Es bedarf wohl seines Hinweises, daß für Deutschland nur ein solcher Vorschlag annehmbar sein würde, der tatsächlich die Gleichberechtigung bedeutet und nicht auf ein unzulängliches Kompromiß hinausläuft.

Abrüstungsarbeiten bis 10. Oktober vertagt

Genf, 26. Sept. Das Büro der Abrüstungskonferenz ist heute nachmittags in einer kurzen Sitzung aufgenommen worden. In der Beschlusse Sitzung wurde die Arbeiten vorläufig bis zum 10. Oktober unterbrochen. Denjenigen teilt die heutige Sitzung noch mit, daß der Vorsitzende des Ausschusses der Konferenz beauftragt worden ist, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht über das Verbot der Luft-

angriffe gegen die Zivilbevölkerung und im Zusammenhang damit über Kontrollmaßnahmen für die Luftfahrt vorzulegen. Bekanntlich hat in der letzten Sitzung des Büros de Madriaga darauf hingewiesen, daß die Behandlung dieses Planes durch die Abwesenheit Deutschlands erschwert sei. Denselben erklärte heute dazu, daß er inzwischen eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister gehabt habe, und daß er damit rechnen, Freiberger von Neuraith noch einmal in diesen Tagen zu sprechen. Er hoffe, daß diese Unterhaltungen die Behandlung der Frage erleichtern werden.

Das Präsidium der Vollversammlung

Genf, 26. Sept. Die 18. Vollversammlung des Völkerbundes wählte am Montagmorgen ihr Präsidium, dem außer dem Präsidenten Politis die Präsidenten der fünf Ausschüsse und sechs Vizepräsidenten angehören. Zu Vizepräsidenten wurden in namentlicher Abstimmung gewählt: Baron Klotz (Italien) mit 44 Stimmen, Simon mit 42 Stimmen, Herriot mit 42 Stimmen, Neuraith mit 42 Stimmen, Medina, der Vertreter Nikaraguas, mit 38 Stimmen und der Pariser japanische Vizekonsul Nagao mit 34 Stimmen. Ferner wurde als Vorsitzender der Tagesordnungsabteilung der türkische Außenminister Tevfik Ruzubeli gewählt. Die Vollversammlung beschloß, die diesjährige Generalsprache so schnell wie möglich abzuschließen und unverzüglich in die Ausführenderhandlungen einzutreten.

Eine Saarabordnung in Genf

Genf, 26. Sept. Eine Saarabordnung unter Führung des Kommissars Dr. Völklinger ist hier eingetroffen, um mit leitenden Völkerbundsfunktionären und mit dem Reichsaußenminister über eine Reihe schwebender Saarfragen zu sprechen. Die Abordnung wird in den nächsten Tagen wieder abreisen, da auf der Tagesordnung des Völkerbundes keine Saarfragen stehen.

Reichsaußenminister Freiberger von Neuraith empfing im Laufe des Montagmorgens den türkischen Außenminister und den Vertreter Ungarns, General Tanczos.

Keine Mobilisierung in Italien

Rom, 26. Sept. Die Agenzia Stefani dementiert die vom "Daily Herald" heute in großer Aufmachung veröffentlichte Sensationsnachricht über die Einberufung von 1 200 000 Reservisten der italienischen Armee. In Wahrheit handele es sich lediglich um eine Einberufung, sondern lediglich um die Kontrolle einzelner Jahrgänge, die periodisch am Grund der seit der Vorkriegszeit geltenden Bestimmungen erfolge.

Das Echo der Programmrede v. Brauns

Synthese zwischen Agrar- und Industrietwünschen

Berlin, 26. Sept. Der sozialdemokratische "Abend" spricht von einem Programm für die Agrarier. Die "Völkische Zeitung" bezeichnet es als erfreulich, daß nicht in die Wandbrief-Tinten eingegriffen werde. Das "Berliner Tageblatt" meint, daß die größten Gefahrenmomente für eine Verschlechterung der handelspolitischen Beziehungen und damit für eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft durch eine einseitige Ausgestaltung der Verhandlungen abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen.

Die "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen. Der "Börse" -Merkung abgesehen zu sein scheinen.

Die "Deutsche Tageszeitung" überschreibt ihren Kommentar "Zunehmende Notwendigkeit". Es sei festzustellen, so schreibt das Blatt, daß die Landwirtschaft in der Frage der Vorkontingierung teilweise doch wieder nur vor Anfangen stehe, die zum Teil noch mit dem deutschen Charakter der Weltwirtschaft behaftet seien. Die Reichsregierung müsse nachdrücklich und mit namentlich gegenüber dem Ausland mit klarerer Entschlossenheit, als sie hier bisher sichtbar geworden sei, handeln, damit diese Kontingierung nicht wieder aufgehoben werde.

Schutz gegen Zenteverschleuderung

Berlin, 26. Sept. Der Amtl. Preuss. Pressedienst teilt mit: Die Gemeinden haben vielfach den Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe die Zahlung der Grundbesitz-

steuer gekündet. Da angesichts der im allgemeinen gut ausgefallenen Ernte die Gefahr naheliegt, daß die Preise (insbesondere des Weizen) in einer für die Volkswirtschaft schädlichen Weise gedrückt werden, wenn die Landwirtschaft zur Beschaffung ihrer Rohstoffe gezwungen werden, die Ernterückstände sofort in großen Mengen auf den Markt zu bringen, empfehlen die preussischen Minister des Innern und der Finanzen in einem gemeinsamen Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden den Gemeinden, deren Finanzlage dies nur irgend zuläßt, in Zweifelsfällen die Steuerrückstände für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Steuerbefreiung für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse neben der Entrichtung der laufenden Steuern zu gestatten.

Der Kanzler in Ostpreußens Ostlandsgebiet

Abnaberg, 26. Sept. Der Reichskanzler unternahm mit seiner Begleitung heute nachmittags eine Fahrt durch die ostpreussischen Ostlandsgebiete. Am Abend fand eine Besprechung auf dem Gut Wittgitten statt, an der außer dem Kanzler der stellvertretende Oberpräsident der Regierungspräsident von Gumbinnen, sowie zahlreiche Landräte teilnahmen. Der Kanzler stimmte mit den anderen Herren darin überein, daß ein Ostland der bereisten Gebiete aus Grund der Verichte und der persönlichen Eindrücke anzuerkennen sei. Der Kanzler gab die Zustimmung, alles zu versuchen, um die notwendigen Mittel für eine Pflanzung zu beschaffen.

Unterredung des tschilischen Ministerpräsidenten mit Papen

Dresden, 26. September. Wie wir erfahren, führt Ministerpräsident Siedek am Dienstag zusammen mit den Ministerdirektoren Dr. Schettler und Dr. Görtz nach Berlin, um mit dem Reichskanzler v. Papen und dem Reichsfinanzminister Grafen Schwerin über Finanzangelegenheiten und andere schwebende Fragen zu sprechen.

Die Landwirtschaftshilfe

Das soeben durch die Rede des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, v. Braun, vor dem Bayerischen Landwirtschaftsrat bekanntgegebene Hilfsprogramm der Reichsregierung zugunsten der Landwirtschaft ist in seinen Grundzügen ein Kompromiß zwischen den agrarischen Forderungen und denjenigen der industriellen Interessentenverbände. Das große Wirtschaftsprogramm Papens enthält bekanntlich nur wenige Maßnahmen, die die Landwirtschaft unmittelbar betreffen. Sein Ziel war, Industrie und Gewerbe wieder in Gang zu setzen und so die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Indirekt mußte es freilich auch für die Landwirtschaft eine gewisse Erleichterung bedeuten, nachdem immer deutlicher in Erscheinung trat, daß infolge der gesunkenen Kaufkraft der tschilischen Verbraucher trotz hohen Zollschutzes eine Preissteigerung namentlich für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte, die die Selbstkosten decken, nicht mehr zu erzielen war. Dem großen Angebot an landwirtschaftlichen Produkten stand und steht eine zu geringe Nachfrage gegenüber. Dieses Mißverhältnis könnte sich entscheidend erst wieder bessern, wenn es gelang, die Kaufkraft der großstädtischen Verbraucher zu erhöhen. Diesem Ziele sollte das große Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung dienen. Demgegenüber konnte aber von landwirtschaftlicher Seite mit Recht geltend gemacht werden, daß eine Anfurderung der Wirtschaft, die nicht gleichzeitig auch den Bauern rasch in die Lage versetzt, als Käufer für industrielle Produkte aufzutreten, sich über kurz oder lang totlaufen müßte. Gerade die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion, in erster Linie Milch-, Butter- und Eierzeugung, ist wertmäßig von viel größerer Bedeutung, als beispielsweise unsere gesamte Kohlen- und Eisenerzeugung. Es ist sicher einleuchtend, daß ohne deren nutzbringende Verwertung an eine Belebung unserer Industrie vom Binnenmarkt her nicht gedacht werden kann. Der Schutz der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte wurde zu einer um so größeren volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, da sie wertmäßig das Dreieinhalbfache unserer Ernte an Getreide und Kartoffeln betrug. Jälle allein haben sich als wertlos herausgestellt. Deshalb hatte die Landwirtschaft von der Reichsregierung gefordert, die Einfuhr nur im Rahmen gewisser Höchstmengen zuzulassen, d. h. für die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung eng begrenzte Kontingente aufzustellen. Dagegen hat sich lebhaft die Industrie gewandt. Es ist sicher als Antwort des davon betroffenen Auslandes weitgehende Einfuhrerschwerenisse für deutsche industrielle Erzeugnisse. Die Regierung hat sich diesen Wünschen der Industrie nicht ganz verschließen können. Sie hat deshalb zwar grundsätzlich die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr beschlossen, aber sie hat Getreide und Kartoffeln nicht einbezogen und im wesentlichen nur Holz, Gemüse, Schlachtvieh, Milche und die übrigen landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte in ihrer Einfuhrmenge begrenzt. Als allerdings diese Kontingentierungsmaßnahmen wirksam werden, wird noch längere Zeit vergehen, da sie in vielen Fällen die Rückzahlung bestehender Handelsverträge und den Abschluß neuer handelspolitischer Abmachungen mit dem Ausland erfordern. Die Regierung wird, um Mißverständnisse zu vermeiden, ihren handelspolitischen Absichten zu persönlicher Aussprache in die Hauptstädte unserer handelspolitischen Vertragspartner senden. Man darf nur hoffen, daß dieser großzügige Auffärschlag Schädigungen unserer Exportindustrie verhütet, die ja durch die Krise, die Hochschuldschulden und der Verzicht zahlreicher Staaten auf die Goldwährung schon sehr schwer gelitten hat. Sehr zu begrüßen ist ferner die Kontingentierung von Holz. Denn sie betrifft in erster Linie die Schieferkonfurrenz Sowjetrußlands, das unter Ausnutzung der kostlosen Arbeitskraft von Hunderttausenden von politischen Gefangenen unsere ganze Forstwirtschaft zum Erliegen gebracht hat. Neben der Kontingentierung soll eine großzügige Zertifikatsanerkennung Platz greifen, die insbesondere für die Weinbaugebiete Geltung haben soll, da auch die Regierung weiß, daß die Kontingentierung allein unserer Landwirtschaft nicht zu helfen vermag.

Aber die Landwirtschaft wird nicht nur durch die Konkurrenz des Auslandes und durch die ungenügenden Erträge für ihre Produkte bedroht, sondern vor allem durch die Instabilität. Auch hier wurde von landwirtschaftlicher Seite eine allgemeine Einsenkung gefordert, mit der Begründung, daß 80 bis 80 Prozent der Landwirte ihre Renten nicht mehr aus Betriebsüberschüssen, sondern von der Substanz bezahlt hätten. Die Regierung hat diese behauerliche Forderung durchaus anerkannt. Ihre Ursache liegt natürlich ebenfalls in dem katastrophalen Preissturz für landwirtschaftliche Produkte begründet, der einen großen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt unrentabel machte und der sich grundlegend nur durch die Wiederherstellung angemessener Preise beseitigen läßt. Aber eine allgemeine unwirksame Einsenkung hätte wiederum den Sparereiferen verächtlich und ihn erneut veranlaßt, seine Gelder, anstatt sie der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, im Sparfrumpf zu verbergen. Nun besteht aber nur Aussicht auf Anfurderung der Wirtschaft, wenn es gelingt, die Spargelder aus ihren Verstecken hervorzulocken. In